

Zur Ironie deutscher Sicherheitspolitik gehört, dass es ausgerechnet die rot-grüne Regierung unter Kanzler Gerhard Schröder und Außenminister Joseph Fischer ist, die ungleich mehr Auslandseinsätze der Bundeswehr zu verantworten hat als jede ihrer Vorgänger. Am Ende der Legislaturperiode waren fast 9500 Soldaten im Ausland stationiert, das Gros auf dem Balkan sowie an der Anti-Terror-Front (Afghanistan, Horn von Afrika). SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben zudem erstmalig seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges dafür gesorgt, dass Angehörige der deutschen Streitkräfte an direkten Kampfhandlungen in Bodenoperationen teilnehmen. Seit dem Frühjahr 2002 werden ca. hundert Soldaten des 1996 gegründeten Kommandos Spezialkräfte (KSK) am Hindukusch gegen versprengte Anhänger von Taliban und El Kaida eingesetzt. Die sicherheitspolitische Präsenz Deutschlands auf der internationalen Bühne hat damit klar zugenommen.

Unklare nationale Interessen

Gleichzeitig fehlt dem Land bis heute ein ausgereifter strategischer Ansatz in seiner Sicherheitspolitik, was jüngst in der Irak-Krise zu beobachten war. Die Konzeptionen von Regierung und Opposition bauen zwar auf dem Erbe der alten Bundesrepublik (Westbindung, europäische Integration) auf – die Protagonisten beider Lager betonen dabei, ihr Außenverhalten an den nationalen Interessen des Landes ausrichten zu wollen –, die Beschreibung dieses Interesses bleibt hingegen diffus, wor-

aus sich entsprechende Auswirkungen auf die Politik ergeben. Ursächlich für diese Situation ist unter anderem das Ende des Ost-West-Konflikts, in dem ein klares Feindbild den strategischen Fokus sicher justiert hatte. Ohne kommunistische Bedrohung und unter den Bedingungen zunehmender Anforderungen in Konflikten fernab des Bündnisgebietes fällt es Berlin jedoch sichtlich schwerer, Auslandseinsätze schlüssig zu begründen.

Die Folge einer dergestalt fundierten Außenpolitik ist ein gehöriges Maß an Inkonsistenz. Zu Beginn der neunziger Jahre wurde jeder Einsatz deutscher Soldaten auf dem Balkan mit Verweis auf die belastete eigene Geschichte abgelehnt. Als im Laufe der Zeit die Beteiligung der Bundeswehr langsam bis hin zu Tornado-Kampfeinsätzen ausgedehnt wurde, geschah dies gerade mit Bezug auf die besondere historische Verantwortung Deutschlands. Der Krieg gegen Jugoslawien 1999 wurde damit gerechtfertigt, die Unterdrückung der Albaner im Kosovo durch das Regime Slobodan Milošević beenden zu wollen. Zum Schutze der Kurden und Schiiten im Irak werden Flugverbotszonen für ausreichend gehalten. Im Falle der gegen Belgrad gerichteten Operation *Allied Force* nahm Schröder die Selbstmandatierung der NATO zumindest hin. Bezuglich der zukünftigen Irak-Politik der UNO ließ er dagegen verkünden, ein militärisches Vorgehen selbst dann abzulehnen, wenn sich der Sicherheitsrat auf eine diesbezügliche Resolution einigen kann. Sicherlich, außenpoliti-

sche Entscheidungen folgen nicht einem vorgezeichneten Automatismus, sondern müssen spezifische und sich wandelnde innere sowie äußere Bedingungen berücksichtigen. Die Irrungen und Wirrungen deutscher Sicherheitspolitik sind aber maßgeblich darauf zurückzuführen, dass in Berliner Amtsstuben die strategische Kompassnadel ziellos zwischen Realismus und Idealismus, zwischen Macht und Moral pendelt.

Parteipolitische Instrumentalisierung der Sicherheitspolitik

Die Haltung Deutschlands wird zusätzlich unkalkulierbarer, wenn maßgebliche Entscheidungsträger sicherheitspolitische Themen parteipolitisch instrumentalisieren. So nutzte Gerhard Schröder die Irak-Krise, um im Bundestagswahlkampf das Stimmverhalten der Bürger zu beeinflussen. Je stärker sichtbar wurde, dass die kategorische Ablehnung jeder Beteiligung deutscher Soldaten an einem Krieg gegen Saddam Hussein zur innenpolitischen Stimmungswende beitrug, desto nachhaltiger widersprach der Bundeskanzler imaginären Gesuchen Washingtons. Zwar hatte er sich bereits im Zusammenhang mit seinem Versprechen der „uneingeschränkten Solidarität“ unmittelbar nach dem 11. September gegen die Unterstützung von „Abenteuern“ ausgesprochen, mit seiner ostentativen Brandmarkung der Bush-Administration als Sammelsurium von Hasardeuren ließ er jedoch das Bekenntnis zur Bündnistreue in der Außendarstellung in den Hintergrund rücken, um mit antiamerikanischen Kli schees die eigene Wählerklientel zu mobilisieren und Anhänger der PDS für das Regierungslager zu gewinnen. Gerade weil Schröder in machtpolitischen Fragen und hinsichtlich medialer Auftritte immer wieder Gespür bewiesen hat, muss ihm unterstellt werden, sich der Konsequenzen seines Handelns bewusst gewesen zu sein. Machterhalt um jeden Preis war das

Ziel. Sicherheitspolitische Imperative wie ein enger Draht zur Supermacht wurden zur Manövriermasse des Wahlkampfes.

In dieser Situation versuchte Kanzlerkandidat Edmund Stoiber, sich als staatsmännische Alternative zu profilieren. Mit Recht wies er auf den Schaden für die deutsch-amerikanischen Beziehungen hin, der durch die Form der Auseinandersetzung entstanden war. Aus militärstrategischer Sicht war auch sein Einwand korrekt, dass Schröder dazu beige tragen hatte, die Drohkulisse gegen den Irak zu schwächen. Die Argumentation überzeugt, ihr Wortführer jedoch nur bedingt, da er sich in der Vergangenheit schon ganz anders geäußert hatte. Nach dem Beginn der Luftoperationen der NATO gegen Jugoslawien am 24. März 1999 war es Stoiber, der sich während einer Russland-Reise Anfang April kategorisch gegen den Einsatz von Bodentruppen ausgesprochen hatte. Dies war nicht mehr und nicht weniger als eine Schwächung der gegen Belgrad aufgebauten Drohkulisse. Kurz vor Ende des Wahlkampfes schien Stoiber rhetorisch sogar auf den „deutschen Weg“ Schröders einzuschwenken, als er während eines Fernseh-Interviews ankündigte, im Falle seiner Wahl den amerikanischen Truppen die Nutzung ihrer Stützpunkte in Deutschland zu verweigern, sollten die USA den Irak im Alleingang angreifen. Die Äußerung wurde kurz darauf von der CDU-Führung relativiert, sie zeigte jedoch in aller Deutlichkeit, was der ehemalige Fraktionsvorsitzende der Union im Bundestag, Friedrich Merz, mit Blick auf Saddam Hussein nach der Wahl frei mütig zugab: „Wir hatten erkennbar keine Strategie, wie wir mit allen Eventualitäten umgehen, was wir für richtig und für falsch halten.“

Staatsräson als Richtschnur

Die wenig glückliche Positionierung Deutschlands in der Irak-Frage ist ebenso

strategieloser Natur wie Ausdruck mangelnder innerer Geschlossenheit in sicherheitspolitischen Kernfragen. Es fehlt eine Staatsräson, die vitale Interessen des Landes festlegt und damit außenpolitischen Handlungen mit Bezug zum Persischen Golf Orientierung geben könnte. Um dies zu ändern, wird Deutschland keinen völlig neuen Kurs in seiner Sicherheitspolitik einschlagen müssen. Wünschenswert jedoch wäre, im Rahmen der Formulierung einer Staatsräson die Entwicklung eines hierarchischen Bedrohungsbewusstseins vorzunehmen. Demnach gibt es einen vitalen Bereich nationaler Interessen, von dessen Umsetzung die Existenz des Gemeinwesens abhängt. Zu ihm gehören wenigstens die Abwehr militärischer Bedrohungen und die Aufrechterhaltung der ökonomischen Daseinsgrundvoraussetzungen. Sicherheitsstrategische Konzepte müssen an diesem Punkt ansetzen und sollten nicht von den Erfordernissen der Tagespolitik abgeleitet werden. Die globale Förderung menschenrechtlicher Standards kann konkludent als dauerhafte Leitlinie deutscher Außenpolitik qualifiziert werden, nicht als unmittelbarer Beitrag zur Gewährleistung der vitalen Interessen des Landes. Mit diesem Ansatz wäre aus dem strategischen Irrgarten herauszufinden, zu dem der Glaube zählt, dass Flüchtlingsströme aus Südosteuropa ein größeres sicherheitspolitisches Problem darstellen als Akteure des Nahen Ostens, die nach Massenvernichtungswaffen streben.

Interessen Deutschlands am Persischen Golf

Mit Blick auf die Irak-Krise stellen sich für Deutschland drei Fragen: *Erstens*, welches sind die vitalen sicherheitspolitischen Interessen der Berliner Republik? *Zweitens*, welche Entwicklungen sind geeignet, diesen Interessen zu schaden? *Drittens*, welche Instrumente werden benötigt, um auf die identifizierten Heraus-

forderungen adäquat zu reagieren? Die Antworten könnten wie folgt ausfallen: Deutschland hat kein Interesse daran, dass es einem Staat eines Tages gelingt, den Zugang zu den Erdölreserven der Region zu blockieren. Denn die darauf einsetzenden weltwirtschaftlichen Turbulenzen würden sich auch auf die deutsche Außenwirtschaft auswirken. Das Streben Bagdads nach Massenvernichtungsmitteln wird zudem zu einem Problem, wenn es gleichzeitig in den Besitz von Trägersystemen mit einer Reichweite von mehr als 3000 Kilometern gerät und damit Bundesgebiet erreichbar wird. Saddam Hussein verfügt sowohl nach Auffassung deutscher als auch amerikanischer Geheimdienste über das Potenzial, in beiden Bereichen zu einer Gefahr zu werden.

Ohne die gegenwärtige Eindämmungspolitik der USA hätte der Irak in den neunziger Jahren durch die Eroberung Kuwaits und möglicherweise Saudi-Arabiens und der Vereinigten Arabischen Emirate mehr als fünfzig Prozent der Weltförderreserven kontrollieren können. Vermutlich wären ihm der Bau der Atombombe und die Entwicklung von Mittelstreckenraketen gelungen. Unabhängig davon, ob Saddam Hussein tatsächlich die Al Qaida unterstützt oder nicht, seine vorhandenen B- und C-Waffen-Potenziale sowie sein in der Vergangenheit gezeigtes aggressives Verhalten sollten ausreichen, um Deutschland weiterhin auf der Seite der Befürworter der bisherigen Form der Einhegung zu positionieren. Da Berlin selbst nicht am Persischen Golf militärisch präsent ist, kann es der Herausforderung nur über eine Unterstützung Washingtons gerecht werden. Zumindest theoretisch ist damit der Einfluss im Bündnis, den Schröder derzeit gegen null reduziert hat, das wichtigste Instrument deutscher Sicherheitspolitik in der Region. Darüber hinaus könnte an zweiter Stelle die europäische Karte gespielt werden, um auf das

Geschehen einzuwirken; aber auch diese Option bleibt dem Kanzler verschlossen, da seine Haltung weder in Paris noch in London geteilt wird.

Abwägung zweier Szenarien

Zu klären bleibt, wie weit die Unterstützung der Irak-Strategie der Bush-Administration gehen soll. Bündnistreue kann nicht blinder Gehorsam bedeuten, und es ist nur natürlich, gemeinsame Interessen an Voraussetzungen zu binden. Zwei gewichtige außenpolitische Fragen sind gegeneinander abzuwägen. Ein Krieg gegen den Irak mit dem erklärten Ziel, Saddam Hussein zu beseitigen, kann nicht im Interesse Deutschlands liegen. Zu groß ist die Gefahr, dass ein derart unter Druck gesetzter irakischer Präsident Israel mit biologisch und chemisch aufmunitionierten SCUD-Raketen angreift, um als Held in die Geschichte der arabischen Welt einzugehen. Die Regierung Ariel Scharons wird diesen Angriff mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit nuklear vergelten. Damit wäre der Krisenescalation im Nahen Osten Tür und Tor geöffnet – mit unabsehbaren Folgen für die Weltpolitik. Deutschland müsste als enger Sicherheitspartner der USA damit rechnen, bei Vergeltungsaktionen in Mitleidenschaft gezogen zu werden. Sollte Washington tatsächlich den Angriff gegen Bagdad befehlen, wäre eine Totalverweigerung Berlins aber ebenfalls höchst problematisch.

Deutschland kann sich Anforderungen seines wichtigsten Bündnispartners, auf dessen nuklearen Schutzschild es angewiesen ist, nicht ohne Konsequenzen entziehen. Denn wie wollte es künftig weiterhin auf die Solidarität der USA vertrauen, wenn es diese – ob moralisch gerechtfertigt oder nicht – selbst verweigert? Sollte die Bundesregierung die derzeit in Kuwait stationierten sechs Spürpanzer des Typs Fuchs im Falle eines

Konfliktes abziehen, könnte die Allianz dauerhafte Risse bekommen.

Wer die USA in dieser Frage beeinflussen will, sollte auf konditionierte Solidarität und eine Diplomatie der leisen Töne setzen. Deutschland könnte hinter den Kulissen Unterstützung für einen Krieg gegen den Irak signalisieren, wenn zwei Bedingungen erfüllt sind.

Erstens: Bagdad weigert sich weiterhin, mit der UNO zu kooperieren. Taktische Konzessionen und zögerliche Formen der Zusammenarbeit sind ebenfalls in diese Kategorie einzuordnen.

Zweitens: Ein Angriff bleibt auf die Zerstörung militärischer Einrichtungen konzentriert und hat nicht die Beseitigung Saddam Husseins zum Ziel.

Der Beitrag der Bundesregierung zu dieser Operation würde wenigstens aus der Gewährleistung von Überflugrechten sowie der Zustimmung zur Nutzung amerikanischer Militärbasen in Deutschland bestehen. Soll das Bündnis aufrechterhalten bleiben, würde Berlin diese Zugeständnisse selbst dann machen müssen, wenn die Bush-Administration die irakische Führung beseitigt will.

Unterhalb der Schwelle des Regime-Wechsels könnte die Bundesregierung weitere militärische Komponenten zur Durchsetzung von UNO-Resolutionen offerieren. Da die USA sowohl den Bodeneinsatz als auch die Luftschläge weitgehend selbst durchführen werden, dürften sie eher an den im Bündnis anerkannten Segmentfähigkeiten der Bundeswehr interessiert sein. Dazu gehören KSK-Soldaten, ABC-Abwehrkräfte, medizinische Versorgung und Transport (A310 MedEvac) sowie logistische Unterstützung hinter der Front. Das Weiße Haus wird letztlich nur auf diejenigen hören, die ihm etwas anzubieten haben. Und nur dann bestünde eine Chance, an einer Modifizierung der Washingtoner Position mitzuwirken.